

# Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint täglich nachmittags um 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und bei den Postämtern 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Post 2,30 Mk., bei Postbestellung 3 Mk. jährlich. Einzelhefte 15 Pf. (Postzusatz 5 Pf.).  
Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend  
Wochenpreis: 10 Pf. (Postzusatz 5 Pf.).  
Anzeigenpreis: Die 3. Spalte 20 Goldmarken, die 2. Spalte 15 Goldmarken, die 1. Spalte 10 Goldmarken. Nachmittagshefte 20 Goldmarken. Sonntags- und Feiertagshefte 10 Goldmarken. Anzeigen für die Wilsdruffer Zeitung werden nach Möglichkeit angenommen bis zum 10. Uhr des Vormittags. Bei Anzeigenübernahme wird keine Garantie. Jeder Anzeigennehmer ist verpflichtet, wenn der Vertrag durch Kündigung eingeleitet wird, die Kosten der Anzeigen zu bezahlen. Anzeigen werden nicht ohne vorherige Genehmigung angenommen. Die Wilsdruffer Zeitung enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Wilsdruff, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Rostitz.

Nr. 255. — 83. Jahrgang      Wilsdruff-Dresden      Donnerstag 30. Oktober 1924

## Pazifismus.

Immer hat es schon Geistesströmungen gegeben, die den Krieg, überhaupt die Anwendung von Gewalt zwischen den Völkern abgelehnt haben, und sogar ein König Friedrich Wilhelm I. von Preußen hat dieser damals christlich unterbauten Anschauung Rechnung getragen, indem er die Rekruten zum Kriegsdienst befreite. Aber die Idee des ewigen Friedens ist von Kant bis zur Gründung des Friedensbundes im Haag eine Utopie geblieben. Bar Nikolaus II., der Friedenszar, wie ihn die damalige Welt halb mitteilig, halb spöttisch nannte, ist es gewesen, dessen Regierung den größten Weltfrieden angezündet hat. Wenn nun gerade in Deutschland der Pazifismus besonders zahlreiche Anhänger fand, und nicht nur in sozialistischen Kreisen, so war das naturgemäß die Reaktion gegen das furchtbare, immer noch unabsehbare Leid, das der Krieg gerade über uns Deutsche gebracht hat. Eine natürliche Reaktion, — die aber mitunter in den Fehler verfiel, die Schuld für den Krieg uns Deutschen anzulegen. Gewiß hat der Pazifismus auch Anhänger in anderen Ländern; der Name des christlichen Demokraten Marc Sangnier ist in Deutschland nicht unbekannt geblieben. Aber dieser Franzose ist trotz seines Pazifismus doch viel zu sehr Franzose, um nicht den Frieden von Versailles als gerecht, seine Bestimmungen als eine für Deutschland wohlverdiente Strafe zu betrachten.

Der christliche Pazifismus ist kaum jemals in die Ubertreibung verfallen, jeden Krieg als unsittlich zu bezeichnen und damit zu verwerfen. Denn genau wie der einzelne Mensch die sittliche Pflicht hat, mit allen erlaubten Mitteln ungerechte Angriffe abzuwehren, so hat auch das Volk als Persönlichkeit die sittliche Verpflichtung, sich gegen solche Angriffe zu verteidigen. Dabei natürlich nun wieder die schwere, wohl un lösbare Frage auftaucht, was ein Angriffskrieg ist. Jene andere Art des Pazifismus aber, die sich als humanitär bezeichnet und in den Gedanken der französischen Philosophen des achtzehnten Jahrhunderts ihren Ursprung hat, ist wiederholt bis zu jener erwähnten Ubertreibung gekommen. Vor ein paar Wochen fand in Berlin ein Pazifistenkongress statt und auf ihm wurde ein Antrag angenommen, wonach jede Art von Krieg, auch der Verteidigungskrieg, als moralisch verwerflich anzusehen und daher abzulehnen ist.

Das ist jedoch nicht der Hauptvorwurf, den ihre Gegner namentlich in Deutschland den Pazifisten machen. Diese Gegner führen als Grund für ihre Bekämpfung und die oft zur schwersten Beschimpfung gehende Ablehnung des Pazifismus an, daß er mit ganz bestimmten politischen, ja sogar parteipolitischen Strömungen vermischt sei. Nicht überall, aber in Deutschland marschiert der Pazifismus mit dem Demokratismus Arm in Arm, was nicht verwunderlich ist, weil beide Ströme aus derselben Quelle stammen. Wer daher aus politischen Gründen den Demokratismus bekämpft, ist gleichzeitig auch Gegner dieses liberalistischen Pazifismus. Dieser Demokratismus, der in Deutschland am 9. November 1918 zur Macht kam, ist ein natürlicher Gegner der Regierungsform, die vor jenem Tage in Deutschland herrschte. Die neuen Inhaber der Gewalt, denen damit keineswegs der Idealismus abgesprochen werden soll, haben aber ein naturgemäßes Interesse daran, das frühere Zeitalter der Gewalt und unsittlicher Kriegsbegeisterung zu zehren. Der Nationalismus, der an sich gar kein Gegensatz zum Pazifismus ist, solange er nicht sich zum Chauvinismus entwickelt hat, wird dadurch in die Gegenwart zum Pazifismus gedrängt, weil er die frühere Zeit als eine Epoche ansieht, die Deutschland groß gemacht habe, in der das Volk nicht seiner Freiheit wie heute entbehren mußte. Die drängendste Aufgabe sei deshalb jetzt mehr denn je die Erhaltung unseres Daseins als Volk, die Voraussetzung für jedes schließlich friedliche Zusammenarbeiten der Völker sei die Freiheit des eigenen Volkes.

Damit ist der Gegensatz da, den man schlagwortartig mit „Weimar oder Potsdam“ bezeichnet; denn der Kampf gegen die angeblich auf reiner Gewalt aufgebaute Vergangenheit richtet sich naturgemäß gegen den Drehpunkt der preußisch-deutschen Geschichte, nämlich die Monarchie Preußen. Aus diesem Gedankengang sind die jüngsten Vorgänge z. B. in Potsdam und anderswo zu erklären, entspringt die Abneigung, die auf jedem Pazifistenkongress gegen das alte Deutschland resp. gegen das alte Preußen zutage tritt. Verliebt wird der Gegensatz noch dadurch, daß die stärkste Linkspartei, die Sozialdemokratie, als Siegerin am 9. November 1918, aber auch gesinnungsgemäß Hauptträger des Pazifismus ist. Bekanntlich ist ja schon vor dem Kriege einmal auf dem Sozialistenkongress in Stuttgart der Beschluß gefaßt worden, im Falle eines kriegerischen Konflikts sofort zu einem Weltgeneralstreik zu schreiten.

Von den Bekämpfern des Pazifismus wird immer wieder betont, er werde ein Phantasiegebilde bleiben, solange die Menschen eben Menschen seien und im Kampf ums Dasein sich mit allen Mitteln behaupten wollen. Was von den Menschen gelte, gelte auch von den Völkern. Vielleicht werde der Krieg in der alten bisherigen Form zur Unmöglichkeit werden, aber die Formen seien nicht

## Frankreichs Rückzug auf die Rechtsbasis.

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes“.  
Düsseldorf, 29. Oktober. Der oberkommandierende General hat 22 Befehle für das neue Gebiet erlassen und für die von den Franzosen besetzten Brückenköpfe, durch die der Zustand wieder hergestellt wird, wie er im Rahmen des Rheinlandabkommens und der Londoner Vereinbarungen gegeben war.

## Eröffnung der interalliierten Finanzkonferenz.

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes“.  
Paris, 29. Oktober. Elementel hat gestern vormittag die offizielle Eröffnung der interalliierten Finanzkonferenz vorgenommen. Er hat an die alliierten Sachverständigen eine Begrüßungsansprache gerichtet.

### Gilbert ernannt.

Paris, 29. Oktober. In der Dienstags-Sitzung der Reparationskommission hat die offizielle Übertragung des Amtes des Generalagenten für Reparationszahlungen an Gilbert stattgefunden. An der Sitzung hat zum ersten Male der Amerikaner Perling teilgenommen.

### Die beschlagnahmten Flugzeuge.

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes“.  
Paris, 29. Oktober. Halbamtlich wird gemeldet: Es besteht berechtigte Hoffnung dafür, daß Deutschland seine Haltung den beschlagnahmten Flugzeugen gegenüber ändern wird und sowohl den gestern bei Stuttgart niedergegangenen Flugapparat wie auch die im Laufe des letzten Jahres beschlagnahmten zwölf Apparate dem französischen Gesellschafter sofort ausliefern wird.

### Beginn der deutsch-polnischen Eisenbahnverhandlungen.

Berlin, 29. Oktober. In Lemberg hat gestern die Tagung der deutsch-polnischen Eisenbahnverständigen über die Einführung der Grenztarife begonnen.

### Wiederaufnahme der englisch-deutschen Handelsvertragsverhandlungen.

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes“.  
Berlin, 29. Oktober. Wie die T. A. erfährt, werden die deutsch-englischen Handelsvertragsverhandlungen in den nächsten Tagen wieder aufgenommen werden, nachdem die deutschen Regierungen auf Grund des unüberwindlichen englischen Vertragsentwurfes in London günstige Aufnahme gefunden haben. Am

das Wesentliche, und die englische Botschaft gegen Deutschland wäre grausamer gewesen als das furchtbare Kampfgas. Nicht das Christentum sei imstande gewesen, trotz des „Liebe deinen Nächsten“, den Krieg aus der Welt zu schaffen, obwohl es die Welt beherrscht. Dasselbe Schicksal könne man wohl auch dem aus der Auflösung entstandenen Pazifismus voraussehen, weil auch er die Menschen nicht zu Engeln zu machen verfehe.

## Beschlüsse des Zentrumsparlamentes für Politik der Mitte.

In der Dienstags-Sitzung des Zentrumsparlamentes in Berlin sagte der Vorsitzende Löfdner, man müsse nunmehr den Blick in die Zukunft richten, nachdem man bisher die Vergangenheit behandelt habe. Parteigeneralsekretär Brand-Münster hielt einen Vortrag über die Aufgaben der Zentrumspartei im Wahlkampf. Die Rede löste Kritik an den Deutschnationalen, den „vaterländischen Verbänden“, den Völkischen und jenen den Trennungstendenzen zwischen Zentrum und Sozialdemokraten, deren Programm nicht verwirklichungsfähig sei. Reichsminister a. D. Dr. Well legte dem Parteitag folgende Entschliezung vor:  
Der Reichsparteitag der Zentrumspartei spricht dem Reichskanzler Marx und der Zentrumsfraktion des Reichstages, die sich geschlossen hinter ihn gestellt hat, sein volles Vertrauen aus und gibt der zuverlässigen Erwartung Ausdruck, daß Einigkeit und Geschlossenheit unserer Wähler dazu beitragen werden, der bewährten Politik der Mitte auch im zukünftigen Reichstag Geltung und Führung zu verschaffen. Ausgehend von dem erstrebenswerten hohen Ziel der Volksgemeinschaft, ist die Zentrumspartei gewillt, mit allen Parteien die Regierungsverantwortung zu übernehmen, die bereit sind und die Gewähr dafür bieten, daß die vom Reichskanzler Marx verfolgte innen- und außenpolitische Linie eingehalten wird.

Die Entschliezung wurde einstimmig angenommen. Alle im Laufe des Tages aufgetretenen Redner, so Reichsarbeitsminister Dr. Brauns und die bisherigen Reichstagsabgeordneten Guerd, Dr. Wirth, Joss, stellten sich übereinstimmend hinter den Kanzler.

Mittwoch und Donnerstag finden in Berlin noch einmal abschließende Besprechungen der in Frage kommenden Ressorts statt. Die darauf beginnenden Verhandlungen werden durch die Vermittlung der Botschaften in Berlin und London geführt werden.

## Die deutsche Kohlenausfuhr nach Belgien.

Berlin, 29. Oktober. Der „Kohlenspiegel“ meldet aus Luxemburg: Wie aus Brüssel gemeldet wird, soll die Einfuhr deutscher Kohlen nach Belgien vom 1. November ab frei sein.

## Die Brüsseler Besprechungen des Völkerbundsrates.

Brüssel, 29. Oktober. Die Erörterungen der Moskafage vor dem Völkerbundsrat haben hier eine allgemeine Spannung verursacht. Branting konferierte gestern vormittag mit mehreren seiner Kollegen vom Völkerbundsrat. Er wird heute in öffentlicher Sitzung die getroffenen Entscheidungen mitteilen. Was die Frage des Austausches der griechisch-türkischen Bevölkerung betrifft, so begegnet der Völkerbundsrat hier erheblichen Schwierigkeiten. Die Mitglieder des Rates hatten bekanntlich bereits mit den Sitzungen in Brüssel begonnen, als Griechenland ihnen die Angelegenheit übertrug.

## Vor der Entscheidungsschlacht in China.

London, 29. Oktober. Die Gouverneure von Kiangsu und Anhui, Tschiang und Fukien-Kiangsi und außerdem der Marinekommandant auf dem Yangtse sowie der Kommandant der Südfleotte haben sich bereit erklärt, Wupeifu zu unterstützen. Eine andere Meldung berichtet, daß General Tchengustang von Peking abmarschiert ist, um dem General Wapifu entgegenzutreten. Die Schlacht wird, wie man annimmt, auf halbem Wege zwischen Tientsin und Peking stattfinden.

## Der japanische Ministerpräsident über Sowjetrußland.

London, 29. Oktober. Wie aus Tokio berichtet wird, äußerte sich Graf Gato, der japanische Ministerpräsident, in einer Sitzung der konservativen Partei über die japanische Politik gegenüber Rußland. Er sagte, es wäre ein Irrtum, eine Wiederbelebung des Handels von einer Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen mit Rußland zu erwarten und wies als Beispiel auf den japanischen Handel mit Rußland vor dem Kriege und das gegenwärtige russische ökonomische System hin, das er für schädlich für den Weltmarkt erklärte. Er warnte vor einer Überbewertung der Wirkung der gegenwärtigen Abmachungen, sofern man nicht mit größter Vorsicht an die Verhandlungen ginge.

## Deutschlands finanzielle Lage.

Auswirkungen des Dawes-Abkommens.  
Reichsfinanzminister Dr. Luthers sprach in Hamburg über die finanzielle Lage Deutschlands nach dem Dawes-Abkommen. Der Redner erörterte die Art der „Zahlungsbedingungen“ und das Übertragungsproblem. Schon der Weg von Versailles nach London von der reinpolitischen zur wirtschaftlichen Einstellung und zur Erkenntnis der Transferfrage (Umrechnung), die die Zukunft entscheidend beherrschen dürfte, beweise, daß es sich um Dinge handle, die durchaus im Fluß und dauernder Entwicklung unterworfen seien. Unsere Aufgabe werde es sein, die übernommenen Verpflichtungen so zu erfüllen, daß der Strom der Entwicklung in für uns günstige Bahnen gelenkt werde. Bei der Schwere der Deutschland auferlegten Bedingungen lasse sich mit Gewißheit nur das eine sagen, daß die Erfüllung auf keinen Fall erfolgen könne, wenn Deutschland nicht wieder in den freien Weltverkehr eingegliedert werde. Die Forderung nach freier Wirtschaft und Beschränkung aller Kredite auf das absolut notwendige, d. h. geschäftlich bedingte Maß, getragen von harter Arbeit und Sparsamkeit, sei besonders heute zu erheben, wo die Reichstagsauflösung die Entwicklung um Monate zurückgeworfen haben dürfte.

## Ein neuer Prozeß gegen Ludendorff.

München, 28. Oktober.  
Das Untersuchungsverfahren, das gegen eine Anzahl von Personen wegen der Beteiligung an einer verbotenen Organisation, dem Frontbann, angestrengt wurde, ist nun auch auf General Ludendorff, den Hauptmann Röhm und den Hauptmann Weiß, den Hauptschriftleiter des Völkischen Kuriers, ausgedehnt worden. Wie der Völkische Kurier mitteilt, sind die wegen der gleichen Affäre in Haft befindlichen Hauptmann von Krause, Hauptmann Seidel, Oberleutnant von Prosch und Dr. Schramm gestern entlassen worden während Oberleutnant Brüdner und Leutnant Ohwald in Haft behalten wurden.